



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/275 - 29.11.1955

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31-33  
Fernschreiber 039 890

Klerikalismus in der deutschen Politik/Buchbesprechung	S. 1
Mißtrauen gegen. Rüstungseifer/Pariser Bericht	S. 3
Hamburger Schulkompromiß	S. 5

---

## Zwischen Demokratie und Diktatur

OG - Thomas Ellwein, Sohn eines bekannten protestantischen Theologieprofessors, hat in der Tat ein "heißes Eisen" angepackt, als er in einer Schriftenreihe des Isar-Verlages München, die diesen Titel trägt, ein Buch über den "Klerikalismus in der deutschen Politik" veröffentlichte. Dieses Buch, das man den klassischen Streitschriften der deutschen Literatur zuordnen möchte, ist ein kühnes, ein mutiges Unternehmen, denn in der Bundesrepublik des Jahres 1955 ist schon wieder eine gehörige Portion Zivilcourage nötig, um gewisse Dinge, die sich täglich und stündlich ereignen, schlicht und nüchtern beim Namen zu nennen.

Hart und schonungslos, jedoch niemals unsachlich, auf profundes Wissen und eine sorgfältige Auswahl von Zitaten gestützt, rechnet der Verfasser mit all denen ab, die in Deutschland neben der Grenze zwischen den Zonen einen zweiten eisernen Vorhang zwischen den Konfessionen aufrichten möchten. Seine Untersuchung über die Entstehung der katholischen Hierarchie und die christliche Begründung der Demokratie macht deutlich, dass klerikal-hierarchisches und demokratisches Denken im letzten unvereinbar sind. In einem Volk, dessen Trennung nach Konfessionen und Weltanschauungen ein geschichtliches Faktum ist, darf der Staat niemals zum Handlanger einer bestimmten Konfession werden, wenn er demokratisch und damit weltanschaulich neutral bleiben will.

Dieses Prinzip wird in der Bundesrepublik schon durch das Bestehen einer Partei, die den Namen "christlich" führt, empfindlich gefährdet,

es wird vor allem in der Personal- und in der Kulturpolitik von den Verfechtern einer sogenannten christlichen d.h. katholischen Staatsauffassung ständig in Frage gestellt. Der Ton, in dem die meisten der Vorkämpfer des Konfessionalismus und des Klerikalismus die Polemik gegen ihre Gegner führen, verletzt fast immer die Mindestgebote menschlichen Anstandes. Die vielen Beispiele, die Ellwein dafür anführt, sind erschütternd. Die Grundlagen der jungen deutschen Demokratie sind nicht nur durch Neofaschismus und Bolschewismus, sondern genau so stark durch Klerikalismus und Konfessionalismus bedroht. Denn ein demokratischer Staat kann nur dann existieren, wenn sich seine Bürger, welcher Weltanschauung und Konfession sie auch immer sein mögen, in der gemeinsamen Anerkennung bestimmter Werte einig sind:

"In der Zuordnung von Freiheit und Verantwortung in der Demokratie liegt ein sittliches, aber kein weltanschauliches Element beschlossen. Wir können uns im Volksganzen über den Bereich und die Forderungen der Sittlichkeit verständigen, auch wenn für viele oder für alle eben diese Sittlichkeit innerlich erst durch den Glauben oder die Gläubigkeit ermöglicht und gefestigt wird."

Mit dieser Haltung ist ein Machtwille, der - oft aus der Einsicht in die innere Schwäche der eigenen Überzeugungskraft heraus - die Einrichtungen des Staates, vor allem im Bereich der Erziehung, in den Dienst der Verkündigung der eigenen Lehre stellen möchte, unvereinbar. Die evangelische Kirche in Deutschland hat in ihrem Überwiegenden Teil diesen Machtstreben abgeschworen, die Mehrheit des politischen Katholizismus dagegen fühlt sich ihm nach wie vor verpflichtet. Noch sind Stimmen wie die des Jesuitenpaters Clemens Brockmöller vereinzelt, der mit Recht sagt:

"Auch die Kirche Christi darf nicht herrschen wollen. Sie muß wie Christus selbst von sich sagen, daß sie nicht zu herrschen, sondern zu dienen gesandt ist. Das Herrschenwollen erzeugt den kämpferischen Gegensatz, das Dienenwollen beginnt aber mit einer verstehenden Begrenzung."

Dieser Aussage steht ein Wort aus der Weihnachtsbotschaft des Papstes vom Jahre 1951 schroff gegenüber: "Gott ist niemals neutral gegenüber den menschlichen Dingen, gegenüber dem Lauf der Geschichte; darum kann es auch die Kirche nicht sein. Wenn sie spricht, kann tut sie es kraft ihrer gottgewollten Sendung. Wenn sie über die Fragen des Tages spricht und urteilt, so geschieht es in dem klaren Bewußtsein, in der Kraft des Heiligen Geistes das Urteil vorwegzunehmen, daß am Ende der Zeiten ihr Herr und Haupt, der Richter des Weltalls bestätigen und bekräftigen wird."

Der politische Katholizismus in Deutschland und in Europa wird auf die Dauer um die Entscheidung zwischen den völlig verschiedenen Grundhaltungen, die aus diesen beiden Worten sprechen, nicht herumkommen. Es ist die Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Unterdrückung, zwischen demütigen Dienst und dem Anspruch, das Jüngste Gericht vorwegzunehmen, ja, am letzten zwischen Christus und dem Großinquisitor.

\*

\*

\*

Höfliche NATO-Konferenz erwartet

b.v., Paris

Es wäre witzlos, wollte man an der Tatsache vorbeisehen, dass nicht alle NATO-Delegierten den Bundesdeutschen voll vertrauen. Selbstverständlich genossen die drei bundesdeutschen Minister, die zur NATO-Konferenz nach Paris kommen werden, das volle Vertrauen ihrer ausländischen Kollegen, daran ist nicht zu zweifeln. Woran gezweifelt wird - natürlich nicht "offiziell" - ist etwas anderes: Erstens nämlich, ob die Aufrüstung der Bundesrepublik intensiv genug betrieben werden wird, und zweitens, ob sich nicht weitere Widerstände gegen die Pariser Verträge (die den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO mit sich brachten) innerhalb der Regierungskoalition oder gar der neuen Armee zeigen werden.

Das sind unangenehme Bedenken. Für die Vertreter der Bundesrepublik jedoch scheinen sie etliche Vorteile mit sich zu bringen, denn in einer solchen Situation muss man mit ihnen sanft und freundschaftlich umgehen. Man muss anerkennen, dass die Regierung, die sie vertreten, in jüngster Zeit alles getan hat, um so rasch wie möglich eine Truppe auf die Beine zu stellen, dass es ihr dabei nicht einmal darauf ankam, den Bundestag zu überspielen und die demokratischen Regeln ausser acht zu lassen. Unter solchen Umständen wird sogar sehr wahrscheinlich Minister Schäffers Rüstungs-Voranschlag - neun Milliarden DM jährlich - mit süssaurem Lächeln akzeptiert werden. Denn die Konferenz muss höflich sein. Keinesfalls dürfen Ergebnisse, soweit sie bekannt werden, die bundesdeutsche Bevölkerung verärgern.

Der blinde Eifer, mit dem sich das offizielle Bonn in die Remilitarisierung stürzt, hat also nichts geschadet - oder hat er etwa doch irgendwelche Bedenken hervorgebracht?

Innerhalb der NATO wird das Wort "geheim" ganz gross geschrieben. Jedes Aktenstück schämt sich, wenn es nicht den Geheim-Vermerk trägt. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es den NATO-Diplomaten nicht untersagt ist, eigene Meinungen über politische Vorgänge zu haben und sie zu äussern. Denn die weitaus überwiegende Zahl dieser Vertreter gehört Staaten an, deren Beamte ihre Auffassungen äussern dürfen, solange sie dadurch nicht den Interessen ihrer Nationen schaden. Es lässt sich nun leider nicht leugnen, dass die Art, in der die westdeutsche Wiederbe-

29.11.1955

waffnung in jüngster Zeit betrieben wurde, Erstanten hervorgerufen hat. Es begann mit dem grossen Eisernen Kreuz, das den Hintergrund der Blankeschen Ansprache abgab, und es endete - vorläufig - mit der Verblüffung über die Überspielung der Abgeordneten, die sich in England befanden, um dort Erfahrungen über das Verhältnis zwischen Parlament und Militär zu sammeln.

"Sind die Deutschen schon wieder so weit, dass irgendwelche "Führer" handeln, ohne sich um das Parlament zu kümmern?" Der diese Frage stellte, gehört zur Vertretung eines Landes, das während des Krieges von deutschen Truppen besetzt war, und jedermann wird begreifen, dass er Entwicklungen in der Bundesrepublik mit ganz besonderem, durch Erfahrung gewürztem Interesse verfolgt. Keinesfalls ist er der einzige, dem diese Gabe verliehen ist.

Gewiss gibt es keinen NATO-Mann, dem Sinn und Zweck der Bonner Eile nicht begreiflich wären: Die Bundesrepublik will beweisen, dass an ihrer Absicht, die Vertragsverpflichtungen zu erfüllen, nicht zu zweifeln sei, und sie will den küsseren Beweis hierfür noch vor der Dezember-Konferenz geliefert haben. Sie weiss, dass es NATO-Staaten gibt, die grössten Wert auf schnelle deutsche Rüstung legen, sie weiss ferner, dass - wenn auch höflich - an Herrn Schäffers neun Jahresmilliarden gemäkelt werden wird, und sie möchte ihren Vertretern immerhin einige gut gelöste Schulaufgaben mit nach Paris geben. Vom Standpunkt der NATO-Mitglieder ist sachlich dagegen kaum viel einzuwenden; niemand geht gern zu einer Konferenz, ohne möglichst klar beweisen zu können, dass er alles Erreichbare getan hat, um eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen.

Dennoch werden der deutsche Aussen- und Finanzminister fühlen, dass etliche ihrer Gesprächspartner über den autoritären Stil erstaunt sind, der in Bonn angewandt wurde, um noch rechtzeitig das Ziel zu erreichen. Undemokratische Mittel erschrecken, wenn sie in Deutschland angewandt werden, mehr als das Ergebnis Freude hervorrufen kann. Daran lässt sich nun einmal nichts ändern, denn die Welt ist weniger vergesslich als viele Leute bei uns voraussetzen. Nicht weniger als sieben von den 15 Mitgliedern der NATO haben erlebt, wie ihre Länder während des Krieges angegriffen und besetzt wurden. Niemand kann sich darüber wundern, dass sie wie die "gebrannten Kinder" reagieren.

\* \* \*

- 5 -

### Schulfriede in Hamburg

E. R. Hamburg

Im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1953 hat die Schulfrage eine besondere Rolle gespielt. Es ging damals um die vom sozialdemokratischen Senat aus fachlichen und sozialen Gründen eingeführte sechs-jährige Grundschule. Gegen diese richtete sich ein mit demagogischen Mitteln geführter Hauptangriff des Hamburg-Blocks, in dem die Parteien der Bonner Koalition zusammenwirkten. Die sehr fühlbaren Kriegsnachwirkungen in den Schulen - Schichtunterricht, weil trotz intensiven Schulneubaus immer noch Raumnöte bestehen, dazu allgemeine Erziehungs- und Unterrichtsschwierigkeiten - mobilisierten zu jener Zeit alle möglichen Ressentiments, die mit der eigentlichen Fachfrage nicht zu tun hatten.

Inzwischen ist in Hamburg der Schulfriede wieder hergestellt. In Bezug auf den wesentlichen Streitpunkt hat der Block-Senat, in den als Schulsenator ein unabhängiger Fachmann berufen wurde, einen der Lage gerecht werdenden Kompromiss, der die eine wie die andere Entscheidung zuließ, eingeführt. Um die Frage aus dem Streit der Parteien zu rücken, wurde eine unabhängige Schulkommission eingesetzt. Nach langer und umfassender Prüfung hat diese Kommission jetzt ihre Vorschläge bekanntgegeben, denen in den letzten Tagen alle Parteien beigetreten sind. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte der frühere Schulsenator Landahl, dass auch eine erneuerte sozialdemokratische Schulverwaltung dazu stehen werde.

#### Vierjährige Grundschule Normalform

Der Vorschlag, dem ab Ostern 1956 die zunächst auf einige Schulen beschränkte Erprobung folgen soll, erklärt die vierjährige Grundschule zur Normalform. Zwischen weiterführenden Schulen und Grundschule soll dann aber ein neuartiger zweijähriger Mittelbau eingeführt werden. Danach werden für Kinder, die über die allgemeine Schule hinausstreben, zwei Möglichkeiten bestehen. Sie können nach vier Schuljahren und bestandener Prüfung in die Wissenschaftliche Oberschule übertreten, oder den zweijährigen Mittelbau durchlaufen, um sich dann besser entscheiden zu können, für welche weiterführende Schule sie geeignet sind. Strittig ist nur noch, ob Kinder, die nach vier Schuljahren die Prüfung für die Oberschule nicht bestanden haben,

vom Besuch des Mittelbaues ausgeschlossen werden sollten oder nicht.

Eine weitere Einigung ist in Bezug auf den Entwurf eines Schulverwaltungsgesetzes erzielt worden, den die Schuldeputation einstimmig verabschiedet hat, der jetzt dem Senat zugeleitet worden ist.

Das Schulverwaltungsgesetz soll die Zuständigkeiten zwischen der Schulbehörde und den einzelnen Schulen und die Beziehungen mit den an der Schularbeit interessierten Gruppen (Elternrat, Bezirkshalternrat, Lehrerkammer usw.) regeln. Ausserdem soll es den Verwaltungsaufbau der Schulen ordnen. Unter weitgehender Berücksichtigung der Grundsätze der Selbstverwaltung soll die Schulbehörde das gesamte staatliche Schulwesen leiten, verwalten und beaufsichtigen. Organe der Selbstverwaltung sind der Schulleiter und die Lehrerkonferenz. Die Mitwirkung der Eltern ist durch Klassenvertreter, und Elternräte auf den verschiedenen Verwaltungsstufen gesichert. "Nach Möglichkeit" sind auch Schülervertreter zu beteiligen.

#### Vetorecht gesichert

Der Schulleiter und sein Vertreter werden von der Schulbehörde berufen. Vorher ist aber ein Ausschuss zu hören, dem ein Schulleiter und mehrere Mitglieder des Lehrerkollegiums der betreffenden Schule angehören. Der Ausschuss kann drei Kandidaten vorschlagen. Seine Beschlüsse müssen einstimmig gefasst werden. Vorsitzender des Ausschusses ist ein Vertreter der Schulbehörde. Damit ist ein Vetorecht von zwei Seiten gegeben. Wenn die Lehrerkonferenz nach zweijähriger Tätigkeit in geheimer Abstimmung so beschliesst, kann der Schulleiter auf Lebenszeit berufen werden. Über diesen Punkt bestanden bei der Beratung zunächst Gegensätze. Die SPD wünschte eine Berufung auf Zeit, weil gerade tüchtigen Lehrern öfter die Verwaltungsarbeit, für die sie keinen Pfennig mehr bekommen, über wird. Da aber im allgemeinen der Selbstverwaltung ein breiter Raum gesichert werden konnte, ergab sich schliesslich auch hierin Übereinstimmung.

Nachdem der Senat seinerseits den Entwurf verabschiedet hat, soll dieser noch in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden.

Bis 1933 bestand in Hamburg die kollegiale Schulverwaltung. Unter

dem Zwang der Umstände - ohne Kontinuität und festgefügte Lehrerkollegien, auf Improvisation angewiesen - liess sie sich 1945 nicht wiederherstellen. Der von der Schuldeputation, in der Senat, Parlament und Repräsentanten der interessierten Öffentlichkeit gemeinsam beraten, einmütig verabschiedete Entwurf hält die Tür für eine befriedigende Entwicklung der Selbstverwaltung offen.

+ + +

#### Luther unterlag Kolping

sp. Der Gemeinderat der rechtsrheinischen Gemeinde Sieglar hatte einer neu errichteten Schule und einer neu erbauten Strasse einen Namen zu geben. Die Gemeindevertretung setzt sich aus Angehörigen beider Konfessionen zusammen. Einstimmig taufte die Gemeindevertreter die neue Strasse auf den Namen "Adolf-Kolping-Strasse", in schöner Anerkennung der Verdienste eines bedeutenden Mannes, der aus der Geschichte des modernen deutschen Katholizismus nicht wegzudenken ist. Diese Einigkeit zerbrach als es um die Benennung der neuen Schule ging. Elf von zwanzig Gemeindevertretern nahmen Anstoss an dem Namen Martin Luther. Sie wollten, in einseitiger Auslegung des Toleranzbegriffes, nicht, dass diese Schule den Namen eines Mannes führt, der für die weitaus grössere Hälfte des deutschen Volkes lebensgestaltende Bedeutung hat.

Die Gegner des Reformatornamens kamen in diesem Falle ausschliesslich aus den Reihen der CDU und des Zentrums ...

+ + +

-----  
Verantwortlich: Peter Raunau